

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

214 (14.9.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus durch Träger ausgestellt, monatlich 75 Pfg., vierteljährlich Mk. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt Mk. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht Mk. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 3144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag
K. u. B. Druckerei Sed & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Besize Post, Feuilleton und Unterz. Beilage: W. K. 16; für den übrigen Inhalt: Herm. Kugel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands.

Nürnberg, 12. September 1908.

Bei zahlreicher Beteiligung trat am Freitag die 5. Konferenz der sozialistischen Frauen Deutschlands in Nürnberg zusammen. Um halb 10 Uhr eröffnete die Zentral-Vertrauensperson Genossin Baader die Verhandlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen. Die Zahl der Delegierten ist bedeutend größer als bei der vorangegangenen Konferenz. Rednerin begrüßt die beiden anwesenden österreichischen Gäste, die Genossinnen Popp und Bötzger. Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden die Genossinnen Zettin-Stuttgart und Zieh-Hamburg gewählt. Genossin Grünberg-Nürnberg begrüßt die Konferenz im Auftrage der Nürnberger Genossinnen. Die Vereinsgesetze haben es verhindert, daß die Genossinnen in früheren Jahren sich der Partei angeschlossen. Immerhin beschäftigte man sich hier schon 1875 mit dem Gedanken, Frauen zu organisieren und daß sich auch Genossinnen schon damals an der Mitarbeit beteiligten, beweist die Tatsache, daß einige von ihnen während des Sozialistengesetzes in Anlagenzustand versetzt wurden. Jede Organisation der sozialistischen Frauen wurde im Reime erstickt und erst 1906 setzte eine erfolgreiche Frauenbewegung ein, die es bis jetzt auf 450 Mitglieder gebracht hat. Nebenher wurde die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen gefördert. Grillenberger und Segis haben hier besondere Verdienste. 1904 waren 1584 Arbeiterinnen gewerkschaftlich organisiert. Selbstverständlich haben wir in Nürnberg noch eine ungeheure Arbeit zu tun. Tausende von Müttern, die ihrem Verdienst nachgehen müssen, sind ihrem Hause entfremdet. Wenn die Konferenz einen Weg findet, daß diese Frauen trotzdem einen erzieherischen Einfluß auf ihre Kinder ausüben können, würden wir das lebhaft begrüßen. (Beifall.)

Genossin Pölsler-Wien: Bei Ihnen sind jetzt die Schranken des Vereinsgesetzes gefallen; wir in Österreich haben noch darum zu kämpfen, darum werden wir aus Ihren Beratungen sehr viel lernen können. Besonders Interesse bringen wir der Frage, die Sie behandeln werden, entgegen, wie die Erziehung der Jugend im Hause erfolgreich gestaltet werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf tritt die Konferenz in die Tagesordnung ein, sie lautet:

1. Bericht der Zentral-Vertrauensperson.
 - a) Agitation,
 - b) Presse (Referentin: Genossin Baader).
2. Die Neuorganisation der Genossinnen (Referentin: Genossin Zieh).
3. Die sozialistische Erziehung der Jugend.
 - a) Die Erziehung im Hause (Referentin: Genossin Dunder,
 - b) Die Jugendorganisation (Referentin: Genossin Zettin).
4. Verschiedene Anträge.

Bericht der Zentral-Vertrauensperson.

Genossin Baader: Eine große Reihe von Aufgaben hatte uns die Frauenkonferenz in Mannheim gestellt: Wir sollten für den Schutz für Schwangere und Wöchnerinnen sorgen, für den Kinderschutz agitieren, die Aufklärung unter die Dienstboten tragen. Wir hatten gewiß alle den Wunsch, sofort mit diesen Arbeiten zu beginnen, aber die Auflösung des Reichstags kam dazwischen. Freilich gab uns diese Auflösung die beste Gelegenheit zu erhöhter Agitation. Tausende von Frauen sind aufgerufen worden und wenn unsere Frauenkonferenz heute so gut besucht ist, dann ist es auch eine Wirkung dieser Agitation. Und wenn die Frauen auch viele Eigenschaften haben, die unserer Bewegung nicht gut sind, so haben sie doch eine, die uns sehr willkommen ist. Hartnäckig und energisch halten sie an dem fest, was sie einmal ergriffen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben durch die Wahlen zwar weniger Abgeordnete bekommen, aber mehr Agitatoren im Lande gewonnen. (Sehr richtig!) In den größeren Städten haben wir versucht, eine Dienstbotenbewegung ins Leben zu rufen. Das ist uns gelungen. 1907 waren 3000 Dienstboten organisiert und seitdem ist die Zahl bedeutend gestiegen. Allein in Hamburg beträgt die Zahl der organisierten Dienstboten weit über 4000. In vielen Fällen ist es uns gelungen, das Los der einzelnen Dienstboten zu bessern und ihnen die Herrschaft gegenüber das Rückgrat zu steifen. Wir haben weiter für den Kinderschutz und Kinderschutz agitiert und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Besonders eifrig war unsere Agitation bei den Reichstagswahlen. Wir haben ein Flugblatt in einer Auflage von einer Million verbreitet, in dem wir darlegten, welches großes Interesse die Frauen gerade an diesen Reichstagswahlen hatten. Unsere Agitation hat sich so vermehrt, daß häufig ein Mangel an Rednerinnen herrschte. Wir haben das System der Rede- und Diskussionsabende ausgebaut und damit aus scheuen und gedrückten Frauen, die sich nicht trauten, ein Wort laut zu sprechen, tüchtige Agitatorinnen herangebildet. Diesen Diskussionsabenden ist es auch zu danken, daß unsere

Parteiliteratur jetzt von den Frauen bedeutend mehr gelesen wird als früher. Uns kommt es vor allem darauf an, die Köpfe zu revolutionieren, die Frauen sollen wissen, was der Sozialismus will. Jetzt sind wir von allen gesellschaftlichen Hindernissen befreit und vereinsgesellschaftlich den Männern gleichgestellt. Ich habe ja leider keinen Mann (Heiterkeit), aber Sie dürfen jetzt mit ihren lieben Männern Arm in Arm in die politischen Vereine und Versammlungen gehen.

Auch unsere Klassenverhältnisse haben erfreuliche Fortschritte gemacht. Es muß das Persönlichkeitsbewußtsein in den proletarischen Frauen leben, daß sie selbst die Mittel für die Bewegung aufgebracht haben. Und daß, obwohl die Frauenlöhne geringer sind als die Männerlöhne oder obwohl die Pfennige von dem ohnehin schon geringen Wirtschaftsgeld abgetrennt werden mußten. Rednerin erinnert an die so erfolgreich verlaufene erste internationale Frauentagung, deren wichtigste Tat die Errichtung einer internationalen Zentralstelle war. Sie weist ferner auf die hervorragende Tätigkeit hin, die die Frauen bei der letzten preussischen Landtagswahl entfaltet haben. Hier konnten die Frauen einmal zeigen, wie sie den heutigen preussischen Staat hassen. Unser heutiger Staat terrorisiert fortgesetzt das Proletariat. Die öffentliche Stimmabgabe macht es tausenden von Beamten und Arbeitern unmöglich, nach ihrem Wunsche zu wählen. Das Unternehmertum bedroht sozialdemokratische Arbeiter mit Entlassung. Da haben wir gemeint, auch einmal den Terrorismus predigen zu dürfen. (Lebhafte: Sehr richtig!) In einem Zirkulare habe ich den Genossinnen mitgeteilt, daß wir die Mittel, die die herrschende Gesellschaft gegen uns anwendet, auch einmal gegen die herrschende Gesellschaft anwenden müssen. (Sehr richtig!) Nützlich ist es, daß wir zu diesem Zweck die Hausfrauen aufklären. Glücklichweise sind unsere Frauen ja in keiner Weise furchtbar; ich erinnere nur an den Handorf-Woyt in Berlin, wo sie sich durch die Polizei in keiner Weise einschüchtern ließen. Wir wollen das Göttliche im Menschen wecken und verhindern, daß er geistig herabgedrückt lebt, wir wollen jedem den größtmöglichen Anteil an der Kultur verschaffen. Werden und werden wir deshalb Sozialistinnen, dann ist unser die Welt. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte werden die Punkte Agitation und Presse getrennt verhandelt.

Genossin Käppler-Düsseldorf: Trotz der Schwierigkeit der Aufklärungsarbeit bei den Frauen sind in den letzten Jahren recht große Erfolge zu verzeichnen. Gegen die „schwarze Garde“ müssen wir einen schweren Kampf führen. Ich war auf dem Katholikentag, da erklärte Professor Zahn, daß die Sozialdemokratie unter den Frauen verheerend wirke und den Unglauben in jedes Heim trage. Er meinte, es sei ein Skandal, daß man die Frauen in das öffentliche Leben hineindränge. Auch gegen das politische Wahlrecht der Frauen sprach er sich aus im Anschluß an einen Antrag des Zentralkomitees der Katholiken Deutschlands, wonach in Zukunft den Frauen die vollberechtigte Teilnahme an den Zentrumsparaden ermöglicht werden sollte. Als eine Frau den Mut hatte, das Wort zu verlangen, geriet das Bureau förmlich aus dem Häuschen über diese Frechheit. Graf Praschma gab ihr auch das Wort, ohne zu belohnen, daß er eine Ausnahme mache. Die Rednerin befahte sich mit der Herstellung der kirchlichen Gewänder und sie hat nur darum, daß man dem Ausbau der kirchlichen Kunst größere Aufmerksamkeit schenken möge. (Große Heiterkeit.) Dr. Pieper aus München-Gladbach trat für die Gründung kathol. Dienstbotenvereine ein. Natürlich sollten darin die „herrschenden“ Forderungen wohlwollend prüfen, um auf diese Weise der Sozialdemokratie das Wasser abzugraben. Gleichberechtigung im politischen Leben hätten die Frauen nicht zu verlangen. Sie hätten sich hauptsächlich in der christlichen Charitas zu betätigen. Wir haben alle Energie aufzuwenden, um die Frauen, um die Jugend aus dem schwarzen Bann zu erlösen und sie der Sozialdemokratie zuzuführen. (Beifall.)

Genossin Greifenberg-Nürnberg: Auch in Bayern versucht man die Frauen im Banne der Kirche zu halten. Und unter polizeilichen Eingriffen hat auch die bayerische Frauenbewegung zu leiden. 1322 Frauen haben sich in Bayern als Sozialdemokraten dadurch legitimiert, daß sie monatlich einen Beitrag von 10 Pf. zahlten. Die von uns veranstalteten Diskussionsabende sind gut besucht und tragen gute Früchte. Fast in jeder politischen Versammlung nimmt jetzt auch eine Frau das Wort und es ist zu hoffen, daß es auch in dem schwarzen Bayern so hell werden wird, daß auch die Frauen über die Geschehnisse Bayerns mitzubestimmen haben. (Beifall.)

Genossin v. Elm-Hamburg wendet sich gegen die Neuierungen der Genossin Baader über den bei den Berliner Landtagswahlen angewandten Terrorismus. Genossin Baader hätte noch mehr betont, daß wir als Sozialdemokraten grundsätzlich den Terrorismus verwerfen und es grundsätzlich für verkehrt halten, die wirtschaftliche Macht zu mißbrauchen, um jemand zu zwingen, gegen seine eigene Überzeugung zu stimmen. Nur in der Notwehr und um das Landtagswahlrecht in seiner schiefen Gestalt selbst ad absurdum zu führen und seine Widerständigkeit zu beweisen, ist der Terrorismus einmal von uns an-

gewandt worden. Rednerin plaidiert dafür, daß die Frauen sich mehr um die Genossenschaften kümmern, gerade hier haben die Frauen die Möglichkeit, besonders zu leisten und die Genossenschaftsbewegung kann gut zur Stärkung der Kraft des Proletariats in seinem Kampfe gegen das Kapital ausgenutzt werden. Mit Terrorismus kann man nie dauernd wirtschaftliche Macht erlangen. Diese lasse sich nur erzielen, wenn wir dauernd organisieren. Es ist ein Irrtum, wenn man glaubt, daß wir damit etwas Dauerndes für uns schaffen, wenn wir Leute zwingen, einmal gegen ihre Überzeugung für uns zu stimmen. (Bravo!)

Genossin Rehm-Böckum berichtet über die Chikanierungen der Polizei und den Druck, den die Zentrumsparade auf die Arbeiterfrauen ausübt. Bei den Landtagswahlen hat man Frauen mit Stimmzetteln vor den Lokalen fortgewiesen, aber sie gingen nicht. (Bravo!) Die Lehrer haben versucht, die Kinder in der Schule zu beeinflussen, daß sie auf ihre Eltern einwirken sollten. Trotz alledem haben wir gute Fortschritte zu verzeichnen. 1244 Frauen sind in unserem Bezirk der losen Organisation beigetreten und 928 Lehrerinnen der „Gleichheit“ haben wir gewonnen. (Beifall.)

Genossin Badmih-Dresden weist darauf hin, daß der Reichstag keine direkte Stellung zum zehntätigen Arbeitstag der Frauen genommen hat. In Sachsen ist wohl innerhalb der Textilindustrie in einzelnen großen Industriebezirken die zehntätige Arbeitszeit eingeführt, aber im Durchschnitt besteht der dreizehntätige, ja sogar fünfzehntätige Arbeitstag für die Frauen. Es muß also im Parlament für die Frauen mehr gesehen, vor allem muß die Volksvertretung eine ganz andere werden. (Sehr richtig!) Auch die Kinderausbeutung ist in Sachsen durch die Heimarbeit eine furchtbare. Wir sollten neben der politischen und der gewerkschaftlichen Organisation hauptsächlich die genossenschaftliche Organisation fördern. In entschiedenster Weise werden wir mit der bürgerlichen Frauenbewegung abzurechnen haben. Nicht nur die katholische Geistlichkeit, auch die protestantische versteht es, auf die Frauen der Arbeiter einen Druck auszuüben. Auch die protestantische Geistlichkeit ist eine geschworene Feindin der modernen Arbeiterbewegung. Wir müssen deshalb noch weit energischer an der Aufklärung der Frauen arbeiten. (Beifall.)

Genossin Wagner-Chemnitz: Auch bei uns in Sachsen macht die Frauenbewegung Fortschritte, nicht zum wenigsten in Chemnitz. Die letzten Reichstagswahlen haben auch den Frauen die Augen geöffnet. Unsere Genossinnen haben sich bei den letzten Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse beteiligt. Bis her wurden bei diesen Wahlen 600 Stimmen abgegeben. 1907 beteiligten sich über 12 000 Personen daran und 1716 weibliche Personen haben das Stimmrecht ausgeübt. Was v. Elm über die Notwendigkeit des Anschlusses an die Genossenschaft gesagt hat, kann ich nur unterschreiben. (Bravo!)

Genossin Zieh-Hamburg kommt noch einmal auf die Frage des Terrorismus zu sprechen. Wie sind die Gegner über uns hergefallen, als sie von dem Terrorismus der sozialdemokratischen Frauen hörten. Dieselben Leute, die nicht nur ihre wirtschaftliche Macht, sondern die gesamten organisierten Nachmittage des Staates benutzen, um uns zu terrorisieren, wagen es, uns Vorwürfe zu machen. Wir haben den Terrorismus nicht um seiner selbst willen gepredigt, sondern uns einfach in der Notwehr befunden und da ist der Terrorismus nicht nur erlaubt, sondern eine sittliche Pflicht. (Lebhafte Zustimmung.) Wieviel haben wir mit unserem Vorgehen Leute davon abgehalten, gegen ihre Überzeugung zu stimmen und ihnen den Rücken gesteuert. Die kleinen Geschäftsleute sind ja ebenso rechtlos wie wir und wenn wir sie zu uns heranziehen, dann handeln wir nur in ihrem Interesse. (Sehr richtig!) Wir beurteilen den Terrorismus ebenso wie die öffentliche Stimmabgabe, weil wir in ihr ein Mittel sehen, Terrorismus zu üben. Wir würden aber uns selbst zur Machtlosigkeit verdammen, wenn wir in der Notwehr nicht von allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, Gebrauch machten. Die internationale Frauentagung in Stuttgart hat dazu geführt, die Beziehungen der Genossinnen in den verschiedenen Ländern zu bessern. Wir haben vor allem erreicht, daß jetzt die Frage des Frauenstimmrechts auf eine einheitliche und grundsätzliche Basis gestellt worden ist. (Sehr richtig!) Mit diesem Erfolg können wir sehr zufrieden sein. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Schleich-Ludwigshafen berichtet über den Stand ihrer Organisation, die trotz ihrer Jugend bereits über 400 Mitglieder zählt. (Beifall.) Am 15. September, dem Tage der Reichstags-Gründung, werden die Ludwigshafener Frauen zeigen, was sie leisten können. Sie werden sich offiziell durch Stimmzetteln verteilen und Schleppendienste bei der Wahl beteiligen.

Genossin Henke-Bremen: Die proletarischen Frauen müssen selbstverständlich auf ihre rüchständigen Männer einwirken. Ganz besonders meine ich, daß die bayerischen Genossinnen das tun sollten. (Heiterkeit.) Wir haben eben hier gehört, daß auch die bayerische Polizei schändlich auftritt. Ich möchte die bayerischen Genossinnen bitten, daran die Genossen im Landtage zu erinnern, damit es nicht vorkommt, daß die bayerischen Genossen im Landtage dann für diese Polizei die Mittel bewilligen. (Sehr

gut! Zurecht gehört nicht hierher!) In Bezug auf die Bekämpfung unserer Bewegung ist der Liberalismus nicht besser als der Ultramontanismus. Als der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des Frauenwahlrechts in der Bremer Bürgerchaft verhandelt wurde, gebrauchten die liberalen Herren alle die alten Redensarten vom Strümpfstricken und Essentochen und lehnten unseren Antrag ab. (Beifall.)

Genosse Kupsch-Dortmund: Die Ausführungen des Genossen v. Elm werden von den Gegnern ausgeschaltet werden. (Sehr richtig!) Wer einen Kampf um politische Rechte führt, muß alle Mittel anwenden. 1906 fuhr man beim Wahlrechtskampf Kanonen gegen uns auf und heute sollen wir den Geschäftsleuten nicht einmal sagen dürfen, daß sie uns nicht in den Rücken zu fallen haben? Das wäre ja noch schöner. Dem Genossen Senf gegenüber möchte ich betonen, daß die Mittel, deren sich der Liberalismus bedient, noch lange nicht so schief sind, als die Mittel des Zentrums. (Bravo!)

Genosse Pöhlender-Leipzig: In Leipzig-Land ist die Zahl der organisierten Frauen von 24 134 auf 29 140 gestiegen. Auch in Leipzig-Stadt geht es vorwärts. Unser Hauptaugenmerk müssen wir auf die Weiterbildung unter den jugendlichen Arbeiterinnen richten. (Bravo!)

(Mittagspause.)

Der 29. deutsche Juristentag.

r. Karlsruhe, 12. Sept.

Während sich die erste (zivilrechtliche) Abteilung des Juristentages mit den wichtigen Fragen des Botschafts und der Tarifverträge beschäftigte, wurde in der dritten (strafrechtlichen) Abteilung Fragen aus der

Reform der Strafgesetzbuchgebung

behandelt. Das große Interesse, das in Juristenkreisen diesen brennenden Fragen entgegengebracht wird, zeigte sich in dem starken Besuch dieser Abteilung. Der Sitzungssaal der zweiten Kammer, in dem getagt wurde, war stets überfüllt.

Zwei Fragen sind es hauptsächlich, die ein weitgehendes Interesse beanspruchen; in erster Linie die Frage:

Beseitigung der Voruntersuchung oder Reform?

Es handelt sich um folgendes: Bei einer Gruppe von Vergehen und Verbrechen (diejenigen, die vor das Reichsgericht und das Schwurgericht gehören, von den Strafkammerfällen nur auf besonderes Verlangen) ermittelt nicht die Staatsanwaltschaft den Tatbestand, wie das sonst ihre Aufgabe ist; vielmehr übergibt die Staatsanwaltschaft die Strafsache einem Richter, dem Untersuchungsrichter. Dieser prüft die Sache und übergibt am Schluß seiner Untersuchung das gewonnene Material der Staatsanwaltschaft, die auf Grund desselben Anklage erhebt. Aus diesem Zustand haben sich eine große Reihe von schweren Missetaten ergeben, und zwar dadurch, daß der Untersuchungsrichter von vornherein dem Angeeschuldigten, gegen den er die Untersuchung führt, als Partei und Richter zugleich gegenübersteht. Im einzelnen ist die Stellung des Angeeschuldigten dadurch sehr ungünstig, daß er keine Möglichkeit hat, sich an der Beweisaufnahme zu beteiligen, daß der Verkehr mit seinem Verteidiger Beschränkungen unterworfen ist, daß dem Verteidiger nicht Einsicht in die Akten gewährt wird usw.

Nun ist vielfach die Forderung gestellt worden: Beseitigung der Voruntersuchung! Die Staatsanwaltschaft soll dem Angeeschuldigten als Partei gegenüberstehen; sie soll sehen, wie sie fertig wird. Und andererseits soll der Angeeschuldigte jede Möglichkeit haben, sich zur Wehr zu setzen. Auch Oberlandesgerichtsrat Rosenburg-Strasbourg, der eine Gutachter, hält eine Beseitigung der Voruntersuchung für wünschenswert; jedoch hält er die Zeit noch nicht für gekommen, weil aber die notorischen Mängel der Voruntersuchung durch entsprechende Reformen beseitigt werden. Jedenfalls wünscht er für einzelne Handlungen des Untersuchungsrichters die Parteieröffnung, d. h., den Prozeßbeteiligten (Staatsanwalt, schaft und Beschuldigten) soll das Recht zustehen, in einzelnen Fällen, z. B. bei eiblicher Vernehmung von Zeugen, anwesend zu sein. Zu dem Resultat, daß der Untersuchungsrichter völlig überflüssig sei, kommt auch der andere Gutachter, Professor Mittenmaier-Gießen. Seine Forderungen sind: freier Verkehr des Beschuldigten mit seinem Verteidiger, Parteieröffnung für alle Vorworgehmer der Hauptverhandlung usw.

Die Mutter.

Socialer Roman von Maxim Gorki.

Eingig autorisierte Uebersetzung von Adolf Geh.

(Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

Die Frühlingssonne brannte; weich schimmerte die blaue Himmelsstiefe, zu beiden Seiten des Weges zog sich dunkler Nabelwald hin, die Felder grünteten, die Vögel sangen, ein deutlich zu spürender Harzgeruch streichelte warm und zärtlich die Wangen.

„Was das zog ihr Herz zu ihrer Begleiterin mit den hellen Augen und der hellen Seele und die Mutter rückte ihr unwillkürlich näher und bemühte sich, gleichen Schritt mit ihr zu halten. Manchmal kam aber in Sophies Worten etwas allzu Lautes, Scharfes zum Durchbruch, das der Mutter überflüssig erschien und in ihr den bangen Gedanken erweckte:

„Die wird Michailo nicht gefallen...“

Gleich darauf sprach Sophie aber wieder einfach, herzlich und die Mutter blickte ihr freundlich in die Augen.

„Wie sind Sie noch jung!“ sagte sie seufzend.

„O, ich bin schon zweiunddreißig!“ rief Sophie.

Frau Massow lächelte.

„Dabon spreche ich nicht... Ihrem Gesicht nach kann man Sie für älter halten. Sieht man aber in Ihre Augen, hört man Ihnen zu, so wundern Sie sich ein junges Mädchen wären. Das Leben, das Sie führen, ist unruhig, schwer und gefährlich, Ihr Herz aber lacht.“

„Ich fühle nicht, daß es mir schwer wird und kann mir kein besseres, interessanteres Leben vorstellen. Ich werde Sie — Milowna nennen; Pelagea — das steht Ihnen nicht.“

„Nennen Sie mich, wie Sie wollen!“ sagte die Mutter nachdenklich. „Ganz wie Sie wollen. Ich sehe Sie immer an, höre Ihnen zu und denke nach. Wer belohnt Sie für Ihre Arbeit, für Ihre Mühen?“

Sophie antwortete, wie der Mutter schien, mit Stolz.

„Wir sind schon entlohnt! Wir haben ein Leben gefunden, das uns befriedigt, ein freies, das alle Geisteskräfte zur Entfaltung bringt. Was kann man sich mehr wünschen?“

Die zweite wichtige Frage der Strafrechtsreform ist die Frage der

Einschränkung des Legalitätsprinzips.

Dieses Prinzip findet sich in § 152 der Strafprozeßordnung, wo es heißt:

Zur Erhebung der öffentlichen Klage ist die Staatsanwaltschaft berufen. Dieselbe ist, soweit nicht gesetzlich ein Anderes bestimmt ist, verpflichtet, wegen aller gerichtlich strafbaren und verfolgbaren Handlungen einzuschreiten, sofern zureichende tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Das heißt mit anderen Worten: Die Staatsanwaltschaft muß jede strafbare Tat verfolgen, ohne Rücksicht darauf, ob es im einzelnen Fall zweckmäßig ist oder nicht. In dieser Pflicht der Staatsanwaltschaft, in allen Fällen einzuschreiten, sieht ein großer Teil der Juristen einen Nachteil. Die Staatsanwaltschaft soll nach ihrer Auffassung nicht jeder Sache nachgehen müssen, sie soll das Recht erhalten, von einem Einschreiten abzusehen, wenn die Verfolgung kein öffentliches Interesse hat. Der neue Entwurf der Strafprozeßordnung wird dieser Auffassung auch gerecht. Zwar stellt der § 152 der Strafprozeßordnung im alten Wortlaut die Verfolgungspflicht der Staatsanwaltschaft fest, doch enthalten dann die folgenden Paragraphen 153, 154 usw. eine bedeutende Einschränkung. So enthält der § 154 des Entwurfs die definierbare Bestimmung: In allen vor das Amtsgericht gehörenden Sachen, die ohne Schöffen zu behandeln sind (nach der künftigen Strafprozeßordnung!) kann die Staatsanwaltschaft von jedem Einschreiten absehen, wenn sie es nicht im öffentlichen Interesse für notwendig hält.

Bei den Verhandlungen kam es zu einer äußerst lebhaften Debatte. Die Gutachter waren für Beschränkung des Legalitätsprinzips eingetreten, während der Berichterstatter Prof. Graf Gleispach-Prag dem sehr entschieden entgegentrat. Von seiten der Gegner des Legalitätsprinzips, denen sich auch der ehemalige Oberreichsanwalt, jetzige Senatspräsident am Reichsgericht, Olschhausen, anschloß, wurde behauptet, man könne zu der Staatsanwaltschaft das Vertrauen haben, daß sie gerecht und billig die Entscheidung darüber treffen werde, ob die Anklage im öffentlichen Interesse liege oder nicht. Auf der anderen Seite wurde von den Anhängern des Legalitätsprinzips ein offenes Mißtrauen gegenüber der Staatsanwaltschaft begründet. Insbesondere sprach es Professor Köhler-München ganz offen aus, daß er von der Einschränkung des Legalitätsprinzips nicht nur eine

Rabbinettsjustiz, Klassenjustiz

seitens der Staatsanwaltschaft befürchte. Die Beamten der Staatsanwaltschaft, so führte er unter starkem Beifall aus, seien keine unabhängige richterliche Beamte, sondern Verwaltungsbeamte, die den Anordnungen der Vorgesetzten (im letzten Grunde also des Ministeriums) Folge leisten müßten; mithin von oben her gegeben zu werden können, keine Anklage zu erheben, wenn sie dieselbe auch im öffentlichen Interesse für geboten halten. Das führe insbesondere dazu, daß schließlich

politisch mißliebige Bürger verfolgt werden, während andererseits kein öffentliches Interesse vorliege, wenn

Angehörige der Kriegervereine sich strafbar machen.

Das erlösende Wort sprach Rechtsanwalt Hippe-Dresden, der — allerdings verlausuliert, aber deutlich genug! — aussprach, daß das Volk

kein Vertrauen zu den Gerichten und Staatsanwälten habe.

Nach langer, eingehender Debatte, im Verlauf derer es Anträge aller Art in Hülle und Fülle regnete, beschloß die Abteilung — nichts zu beschließen, vielmehr die Beschlußfassung der Plenarversammlung des Juristentages zu überlassen.

Den Schluß der Verhandlungen des Juristentages bildete die heutige Plenarversammlung. Die Geschäftsordnung des Juristentages ist die, daß die einzelnen Abteilungen selbständig Beschlüsse fassen; in besonderen Fällen, wenn einer Abteilung

eine Frage zweifelhaft erscheint. Der heutigen Versammlung war aus der strafrechtlichen Abteilung die Frage wegen Beschränkung des Legalitätsprinzips überwiesen worden. Außerdem war der Antrag gestellt worden, den Beschluß über die Tarifverträge:

daß festgesetzt werde, daß Arbeits-Tarifverträge, welche den vorstehenden Vorschriften entsprechen, unmittelbare Rechtswirkung auf die in ihrem Geltungsbereich abgeschlossenen Arbeitsverträge haben,

aufzuheben. Ueber jedes der 13 Themas wurde im einzelnen Bericht erstattet.

Ueber die „zivilrechtlichen Folgen der Berufserklärung“ berichtet Professor Kassin-Freiburg. Er stellt die beiden verschiedenen Ausgangspunkte dar, von denen die Gutachter ausgingen. Während Professor Dr. Mann den Botschaft als Waffe im Wirtschaftskampf an und für sich als erlaubt ansieht, ist Dr. Pape der Auffassung, daß der Botschaft von vornherein zu vermerken sei. Indes kommen beide zum gleichen Resultat, daß die §§ 823 und 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausreichen. Der Beschluß der Abteilung ging darauf hinaus, daß der § 826 tatsächlich zur Entscheidung der Frage genüge.

Ueber die Frage der Vorunteruchung berichtete Professor Vilienthal-Heidelberg, der feststellt, daß in der strafrechtlichen Abteilung die Auffassung vorherrschend gewesen sei, daß die Vorunteruchung als Teil des Vorverfahrens überflüssig sei. Ein Beschluß konnte über den ersten Teil der Frage nicht herbeigeführt werden, da alle Anträge abgelehnt wurden.

Unter großer Erregung ging die Beratung über die Einschränkung des Legalitätsprinzips vor sich. Wie erwähnt, war sich die strafrechtliche Abteilung über diese Frage nicht einig geworden. Daher war die Frage — was für den Juristentag ein Ereignis ist — dem Plenum überwiesen worden. Hier trat Senatspräsident Olschhausen sehr energisch für seine Anträge ein, die darauf hinausliefen, daß das Legalitätsprinzip beschränkt werde, und zwar im Sinne des Entwurfs der Strafprozeßordnung. Ihm schloß sich der Oberlandesgerichtspräsident a. D. Hamann an. Die entgegengesetzte Ansicht vertraten besonders Graf Gleispach-Prag, Professor Köhler-München und der Wiener Oberstaatsanwalt Högel. Nach sehr erregter Debatte, im Verlauf derer ein Nebener unter großem Beifall der Versammlung ausführte, die neue Strafprozeßordnung habe allgemein entlassen, wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, die sich — entgegen der neuen Strafprozeßordnung — für Beibehaltung des Legalitätsprinzips ausspricht. Die wesentlichen Stellen daraus sind:

Das Legalitätsprinzip — eine der wichtigsten Garantien einer gleichmäßigen, unabhängigen Rechtsprechung, des Vertrauens des Volkes in die Strafrechtspflege — hat das Verfahren wegen kriminell strafbarer Handlungen auf dem ganzen Gebiete der öffentlichen Anklage zu beherrschen.

Es ist ausdrücklich festzustellen, daß auch alle den Strafverfolgungsorganen vorgeordneten Behörden, einschließlich der obersten Justizverwaltung, an dem Legalitätsgrundsatz gebunden sind.

Ungeachtet oder entbehlichen Verstärkungen vorzubeugen, ist Aufgabe der Reform des materiellen Strafrechts (d. h. des Strafgesetzbuchs).

Mit der Annahme dieser Resolution hat Olschhausen eine schwere Niederlage erlitten. Zugleich hat aber der Juristentag den verbündeten Regierungen ein Mißtrauensvotum erteilt, das an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt.

Zur Budget-Abstimmung

Schreibt uns ein Parteigenosse: Ich bin mit der von den süddeutschen Landtagsfraktionen praktizierten Budgetbenützung nicht einverstanden und kann auch keine „zwingenden Gründe“ anerkennen. Ich unterlasse es aber im Interesse der Partei, mich in den Streit miteinzumischen, weil ich annehme, daß darüber nur zu viel schon gesprochen und geschrieben wurde. Was mir aber die Feder in die Hand drückt, ist die Art zu kritisieren, wie unsere norddeutschen Parteigenossen die Beschlußfassung des Parteitag betreiben. Anstatt ihr Geld zum Kampf gegen den Gegner aufzubewahren, verwenden sie es gegen ihre eigenen Parteigenossen; d. h. sie treiben Mandatskauf. Es ist ein Skandal, zu lesen, daß z. B. ein Wahlkreis, der einen Klassen-

nicht in der Stadt, hier wird kein Flunkern verlangt. Ein lauter gute Freunde...“

Jesim betrachtete aufmerksam die Pilgerinnen und sagte etwas zu den anderen mit leiser, sumrender Stimme. Als die Frauen an den Tisch herantreten, stand er auf und verbeugte sich schweigend vor ihnen. Seine Kollegen blieben unbeweglich sitzen, als bemerkten sie die Gäste nicht.

„Wir leben hier wie die Mönche,“ sagte Nybin, Frau Massow leicht auf die Schulter klopfend. „Niemand kommt zu uns, der Herr ist nicht im Dorf, man hat keine Frau ins Krankenhaus gebracht, und ich bin hier soviel wie ein Verwalter... Seht euch, Wollt wohl etwas essen? Jesim, kauft Milch holen!“

Jesim ging langsam in die Küche, die Pilgerinnen nahmen ihre Aufzüge vom Rücken. Einer von den Bauern, ein großer, hagerer Mensch, stand auf und half ihnen. Der andere, ein gottlicher, stämmiger Bursche, hatte nachdenklich die Ellbogen auf den Tisch gestützt, blickte die Frauen an, kraute sich den Kopf und summite leise ein Lied.

Der durchdringende Geruch frischen Birkensteers vereinigte sich mit dem bestemmenden Duft verfaulten Blätter und machte einem den Kopf schwindelig.

„Der heißt Jakob,“ sagte Nybin, auf den großen Burschen deutend. „Und der — Ignaz... Nun, was macht dein Sohn?“

„Der ist im Gefängnis!“ sagte die Mutter seufzend.

„Schon wieder?“ rief Nybin. „Das hat ihm wohl gefallen?“ Ignaz hörte mit seinem Gesang auf, Jakob nahm der Mutter den Stuhl aus der Hand und sagte:

„Seht dich, Alte...“

„Na und Ihr?“ Seht Euch doch!“ lud Nybin Sophie ein.

Sie setzte sich schweigend auf einen Baumstumpf und betrachtete Nybin aufmerksam.

„Wann wurde er verhaftet?“ fragte Nybin und rief Lopschüttelnd: „Du hast kein Glück, Milowna!“

„Das macht nichts!“ sagte sie.

„Nanu? Glaubst wohl, du gewöhnst dich daran?“

„Nein, aber ich sehe — es geht nicht anders.“

„So!“ sagte Nybin. „Na, erzähl mal...“

(Fortsetzung folgt.)

Hand
drei
Wie
Wahlf
li
der Pa
werde
Institu
teigens
aber ge
Neue
lungen
tutier
waren
unabhä
Dah
ber ge
jene
datska
bedauer
mit dem
Reinun
licher
Kan
Ueb
Umriß
der „B
folgend
Dah
werden
das G
von die
besteuer
diese A
wenngle
finden
Möglich
dernen
das ober
ob es n
tore n
inferate
gehende
Anzeiger
ihrem P
angebot
frei lasse
Blätter
sie ledig
heben.
Neu
Jahre e
aufgehob
Der
gemeldet
Erdogun
schließlich
losenerber
beiterber
Eine
In de
ten Orga
wurde die
tore Pro
feinerzeit
ren befa
von den
den, als
ist. Wie
Zuschrift
flotte
Beife g
in groß
unbedacht
gehalt.
lanier
ische u
verlassen.
„Me
Studiere
den, wur
so kam i
mit einer
schwollen
sein, die
tigen ha
Herr
wasserpatr
Reit feiner
ich wärm
schaffen.
herzigkeit
sollen,
woh
Denn wer
rare kennt
uerhörte
Kasse des
liegen drei
Laufernde
1. der
2. Gebe
3. Das
Das
it in der
mationen
größten
ungen inte
sind. Die
wande gega
Schül in d
fahrenen
kerplattenka

stand von nicht einmal fünf Mark vorzuweisen in der Lage ist...

Und auf der anderen Seite ist unter solchen Verhältnissen der Parteitag auch noch der Ort, wo freie Meinungen geäußert werden?

Deutsch: Politik.

Zu den neuen Reichssteuern.

Ueber die halbamtlichen bisher nur in allgemeinen Umrisse angelegten neuen Steuerentwürfen erfährt der Berliner Lokal-Anzeiger von unterrichteter Seite folgendes:

Daß zu den modernen Einrichtungen, die besteuert werden sollen, in erster Linie die Elektrizität und das Gas gehören, ist bekannt. Es soll dabei weniger die von diesen beiden Quellen ausgehende Kraft, als das Licht besteuert werden, und auch nicht die Produktion, sondern die Abgabe soll den Konsumenten auferlegt werden...

Reichsarbeitslosenversicherung.

Der Plan einer Reichsarbeitslosenversicherung ist, wie gemeldet wird, im Reichsamt des Innern Gegenstand der Erwägung. Die Erwägungen scheinen sich jetzt hauptsächlich in der Richtung zu bewegen, ob sich die Arbeitslosenversicherung mit der allgemeinen Reform der Arbeiterversicherung verbinden läßt.

Eine sensationelle Enthüllung über den Flotten-„patriotismus“.

In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, dem bekanntesten Organ der Kohlenmischerer und Panzerplattenpatrioten wurde dieser Tage eine lange Zeitschrift des geistlichen Rectors Professor R. H. Schüs aus Köln veröffentlicht, der seinerzeit weiteren Kreisen durch Flottenbroschüren bekannt geworden ist; die wegen ihrer Surrealendenz von den Flottentreibern umso begieriger aufgefressen wurden, als der Verfasser ein katholischer Geistlicher ist. Wie man aus der in dem Essener Blatte abgedruckten Zeitschrift ersehen kann, hat sich für Herrn Schüs die Flottenbegeisterung in ungläublicher Weise gelohnt. Wie der Herr offen eingesteht, ist er in großer Schuldnot gewesen und hat sich durch unbedachten Unternehmungen schwere Schulden angehäuft. Da ist er, um seine Verhältnisse zu sanieren, auf den Gedanken gekommen, „patriotische und sozialhistorische Schriften“ zu verfassen. Er schreibt weiter:

„Meine Flottenschriften, die in letzter Zeit auch von den Studierenden an allen deutschen Universitäten verlangt wurden, wurden denn auch in einer Riesenaufgabe abgesetzt, und so kam ich letztes Jahr zu dem erfreulichen Resultat, endlich mit einem auf circa 80 000 Mk. mit Zinzeszinsen angeschwollenen Schulden auf 12 000 Mk. heruntergekommen zu sein, die ich mit einer populären Kolonialschrift ebenfalls zu tilgen hoffe.“

Herr Schüs, der Flottenbegeisterte, hat also durch seine matriepatriotische Broschüre 68000 Mk. verdient, und den Rest seiner Schulden gedenkt er durch eine kolonialschwärmerische Broschüre sich zum Halbe zu schaffen. Der Herr ist von einer mehr als seltenen Offenherzigkeit. Da hätte er noch ein übriges tun und sagen sollen,

woher die vielen Tausende stammen —

Denn wer die relative Geringfügigkeit der Autorenhonore kennt, für den ist es von vornherein klar, daß die unerhörte Summe von 68 000 Mk. unmöglich aus der Kasse des Verlegers jener Broschüren stammen kann. Es liegen drei Möglichkeiten vor, drei Quellen, aus denen die Tausende stammen können:

- 1. der Flottenverein,
2. Geheime Regierungsfonds,
3. Das interessierte Panzerplattenkapital.

Das Sozialdemokratische Pressebureau ist in der Lage, auf Grund absolut zuverlässiger Informationen zu erklären, daß die 68 000 Mk. zum weitestgehenden Teile Privatgelder von an den Flottenforderungen interessierten Großindustriellen an Herrn Schüs sind. Die Summen wurden Herrn Schüs unter dem Vorwande gezahlt, daß sie eine Entschädigung für die Herrn Schüs in der ihm nahestehenden Zentrumspresse widerfahrenen Angriffe seien. In Wirklichkeit wollte das Panzerplattenkapital den

Flottenagitator im Gewand des katholischen Priesters subventionieren, weil man sich von dessen Tätigkeit einen bedeutenden Erfolg bei dem katholischen Volksteil und mittelbar bei der Zentrumspresse versprach. Die an Herrn Schüs gezahlten Tausende sollten den Flottenpatrioten Millionengewinne bringen.

Diese Enthüllung läßt uns einen ungeahnten Blick tun in eine abgrundtiefe Korruption, in die Geheimwerkstatt der Flottenagitation.

Badische Politik.

Zum Tunnelbau der Murgtalbahn.

In der „Karlsruher Zeitung“ erklärt die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahn die Nachricht der „Heidelberger Zeitung“, wonach der badische Staat infolge Mißlingens eines Tunnelbaues bei der Murgtalbahn um den Betrag von dreieinhalb Millionen Mark geschädigt worden sei, für eine Entstellung. Wie schon mitgeteilt, ist allerdings einem Ingenieur ein technischer Fehler unterlaufen, der Schaden beträgt aber nicht 3 1/2 Millionen, sondern höchstens 6000 Mk. und trifft nicht den badischen Staat, sondern den Unternehmer.

Der neue badische Gesandte in München.

Zum badischen Gesandten am bayerischen Hofe ist, wie den Münch. Neuesten Nachrichten gemeldet wird, Legationsrat und Kammerherr Frhr. L. v. Red ernannt worden. Die bayerische Regierung hat bereits ihre Zustimmung erteilt. Die amtliche Publikation wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Von der Landwirtschaftskammer.

Die Landwirtschaftskammer hat sich zufolge eingelaufener Klagen an das Igl. Korpskommando des 14. Armeekorps mit der Bitte gewendet, von der Einziehung von Mannschaften des Beurlaubtenstandes zu militärischen Übungen während der Weinlese und insbesondere auch während der Weinlese mit Rücksicht auf den Mangel an entsprechenden Arbeitskräften Abstand nehmen zu wollen.

Der Delegiertentag der badischen Kreisverwaltungen

findet am 19. September in Billingen statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Gegenstände: 1. Die Novelle zum Unterzuchtungswohngesetz, 2. die Kreisorganisation, 3. a) Vereinbarung über Verpflegung erkrankter Landarmen, b) Vespionage über das neue Gesetz Hagelversicherung betreffend, c) Vespionage über die nach Verordnung vom 14. Mai 1908 betreffend den Wasserwirtschaftsrat vorzunehmenden Wahlen. 4. a) Vespionage der Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindegemeinde, b) die Uebernahme von Kosten für Personen, deren Unterstützung von den Ämtern angeordnet worden ist und deren Staatsangehörigkeit nicht ermittelt werden kann. (Zigeuner usw.), 5. Kongreß über das Straßwesen im Oktober 1908 in Paris, 6. Verfügung über die Aufbeziehung des Mannheimer Jubiläumspfeises.

Sozialdemokratie und Tarifverträge.

R. In welcher — sagen wir — leichtfertiger Weise der Sozialdemokratie von manchen ihrer Gegner schlechte Motive untergeschoben werden, zeigt ein Vorfall, der sich auf dem 29. Deutschen Juristentag abgespielt hat, der soeben in Karlsruhe beendet ist. Zur Debatte stand das Thema: Gesetzliche Regelung der Tarifverträge. Referent war der bekannte nationalliberale Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Junk-Weipzig. Als er von der Stellung sprach, die die Arbeiter zu der Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge einnehmen, bemerkte er, die christlichen und kirchlich-dünkelnden Organisationen seien dafür, die freien Gewerkschaften seien aber dagegen, und zwar unter dem Einfluß der Sozialdemokratie. Sie gäben an, sie befürchteten, wie unsere Justiz heutzutage eine Klassejustiz sei, daß auch die Gesetzgebung über den Tarifvertrag eine Klassegesetzgebung sein würde, daß also unter diesen Umständen Erzieherisches für die Arbeiterbewegung aus einer gesetzlichen Regelung der Tarifverträge nicht zu erwarten sei. Das Motiv, warum die Sozialdemokratie speziell diese Haltung einnehme, sei eben hauptsächlich das, daß dem Tarifvertrag dadurch Vorschub geleistet werde. Der Tarifvertrag sei aber ein Mittel, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer friedlich zu gestalten und das paße der Sozialdemokratie nicht! Denn dadurch könne sie ihre Rolle als Anklägerin gegen die heutige Gesellschaftsordnung verlieren.

Wir wollen ganz davon absehen, daß es sich die bisherigen Juristentage nur sehr angelegen sein ließen, ihre Verhandlungen rein wissenschaftlich zu gestalten und jede Vermischung mit der praktischen Politik oder gar mit der Parteipolitik zu vermeiden suchten. Wenn der Juristentag die hinterhältigen Angriffe des Juristen Dr. Junk, der auch auf dem Juristentag seine schlechte Eigenschaft als nationalliberaler Abgeordneter nicht vergessen kann, über sich ergehen lassen will, wenn er duldet, daß auf dem Boden, wo wissenschaftliche Probleme besprochen werden sollen, in dieser Weise gesprochen wird, so ist das seine Sache. Die sozialdemokratische Partei nimmt sich aber das Recht, sich energisch zur Wehr zu setzen. Die Nützlichkeit der Tarifverträge wird zwar nicht verkannt, und wenn sich eine gesetzliche Regelung findet, die den Interessen der Arbeiter nicht entgegensteht, so wird das begrüßt. Das hat aber mit unseren Anschauungen über die Gesellschaftsordnung nichts zu tun, das ändert an unseren Ideen nichts. Wenn es so dargestellt wird, als ob mit dem Tarifvertrag der Klassenkampf, der Kampf der Ausgebeuteten mit den Ausbeutern verschwinde, so ist das eine Auffassung, über die niemand mit dem Abgeordneten Dr. Junk rechten wird. Durch eine sachgemäße gesetzliche Regelung des Tarifvertrages läßt sich kein klassenbewußter Arbeiter betreten und Ausbeutung ist Ausbeutung mit oder ohne Tarifvertrag.

Die Malerwoche in Karlsruhe.

welche am 12. September begann und am 22. September endet, umfaßt folgende Veranstaltungen: Dritter Deutscher Malertag, zweite Hauptversammlung des deutschen Arbeiterverbandes im Malergewerbe, achter Verbandstag des süddeutschen Maler- und Tünchermeisterverbandes, dritte öffentliche Sitzung

der Kommission zur Bekämpfung von Mißständen in der Herstellung, im Handel und in der Verarbeitung der Farben und Materialien und eine Maler-Fachausstellung.

Am Samstag, 12. September, fand im großen Saale des „Friedrichshofes“ ein Empfangs- und Begrüßungsabend statt, bestehend aus Begrüßungsrede, Konzert, humoristischen Darbietungen, gesanglichen Vorträgen des Doppelquartetts „Konfordia“ und des Herrn Hofopernsängers K. Inbach. Der Abend verlief sehr humoristisch und befriedigend.

Am gestrigen Sonntag tagte alsdann in der Festhalle der 3. deutsche Malertag unter starker Beteiligung. Eröffnet wurde derselbe vormittags 10 Uhr von Herrn Malermeister Karl Lacroix-Karlsruhe. Derselbe gab bekannt, daß als Vertreter der staatlichen Behörden Herr Ministerialrat Dr. Schneider und Regierungsrat Dr. Cron und als Vertreter der Stadt Herr Bürgermeister Fehrenbach anwesend seien. Außerdem betonte derselbe, daß der Malertag infolgedessen internationalen Charakter hat, als auch aus Dänemark, Oesterreich und der Schweiz Vertretungen anwesend seien und daß in der Organisation der Arbeitgeber im Malergewerbe politische und religiöse Differenzen absolut keine Rolle spielen (1).

Herr Ministerialrat Dr. Schneider begrüßte im Namen des Ministeriums des Innern die Versammlung. Es sei mit Genehmigung zu konstatieren, daß der Tarifgedanke sich sowohl bei den Arbeitnehmern wie Arbeitgebern durchgerungen habe. Der Abschluß von Tarifverträgen sei anzustreben als Ausgleich berechtigter entgegenstehender Interessen. Nur auf diesem Wege kann den beteiligten Interessenten Streiks und Aussperrungen erspart bleiben. Der Staat wird gerne alle dahingehenden Bestrebungen durch Beihilfen unterstützen. Nachdem noch Bürgermeister Fehrenbach die Teilnehmer der Tagung namens der Stadt begrüßt hatte, übernahm den Vorsitz der Vorsitzende des Hauptverbandes Herr Kruse-Berlin. Derselbe referierte über: Die Arbeitgeberverbände und deren Bedeutung für das wirtschaftliche Leben. Er plädierte eifrig für den Ausbau der Arbeitgeberverbände und ist ein Feind der Innungen in der jetzigen Form, besonders der Zwangsinnungen. Es sei ein Jammer, wie viele Innungen arbeiten, dieselben befähigen sich oft mit Dingen, die nicht zu ihren Aufgaben gehören. Er kenne Innungen, die ihren Etat nur durch übermäßige Strafgebühren balancieren lassen und das erzeuge Erbitterung unter den Mitgliedern. Eine Innung habe er in seiner Praxis kennen gelernt, die eine Verhandlung lediglich damit ausgefüllt habe, wie sich dieselbe am besten mit Fahnen und Emblemen an der Profession beteiligen könne. (Zuruf gehört nicht hierher!) Dem Arbeitgeberinteresse direkt entgegenstünde der § 81 der Reichsgewerbeordnung, der der Innung die „Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Gehilfen und Meistern“ zur Aufgabe mache. Das sei ein zu weitgehender Begriff. Was soll das heißen? Er stehe auf dem Standpunkte, daß bei Differenzen die Störenfriede einfach entlassen werden müssen, zu vermitteln gibt es da nichts. Der Fall des Sozialistengesetzes hat den Gewerkschaften einen ungeahnten Aufschwung gebracht und den gut organisierten Gewerkschaften können die Innungen nicht erfolgreich entgegen treten. Redner meinte, er sei auch Gehilfe gewesen und zu seiner Zeit hätten die Gehilfenvereine mehr Wert auf eine gezielte Fachausbildung gelegt, deshalb hätten es auch die Gehilfen, die durch die alte Schule gegangen seien, zu was gebracht.

Anders sei es jetzt in den modernen Gewerkschaften. Jetzt verlangen die organisierten Gehilfen auf die Macht ihres Verbandes pochend einfach einen bestimmten Minimallohn, gleichviel, ob sie etwas leisten oder nicht. Es sei aber doch klar, daß für einen bestimmten Lohnsatz auch eine entsprechende Leistung verlangt werden müsse. Es sei erfreulich, daß es in Süddeutschland wenig Innungen gäbe und man einem allgemeinen Maler- und Tüncherverband den Vorzug gegeben habe. Er begrüße das. Es müsse eben eine andere Organisationsform gesucht werden, um den Gewerkschaften beizutreten. Jedenfalls müssen alle Innungen ohne Ausnahme in die Arbeitgeberverbände eintreten. In aller Erinnerung sei noch das Reskript des früheren preussischen Ministers v. Möller vom Jahre 1903, in welchem anlässlich einer Lohnbewegung in der Schneiderinnung offensichtlich den Interessen der Arbeitgeber entgegengetreten worden sei. Die badische Regierung nehme da doch eine andere Stellung ein, das geht daraus hervor, daß die Regierung sich bei den heutigen Verhandlungen vertreten lasse und die Bestrebungen der Arbeitgeber unterstütze; es sei wünschenswert, daß Preußen diesem Beispiel nachfolge. Das Innungsgesetz benachteilige die Interessen der Arbeitgeber. Während die Gewerkschaften über ihre angesammelten Organisationsmittel frei verfügen können, sollen nach dem oben angezogenen § 81 der Gewerbeordnung die Innungen ihre Mittel „im Interesse eines gedeihlichen Verhältnisses“ verwenden.

Bekannt ist, daß die Gewerkschaften eine Stadt gegen die andere auspielen. Sie nehmen sich gewöhnlich eine Stadt vor, in der die Organisation stark ist und gegen die reichlichen Mittel der Gewerkschaft ist dann die lokale Innung machtlos. Er spreche es offen aus: Tarifverträge sind Dokumente der Schande des selbständigen Handwerks, wenn in denselben die Bestimmung enthalten ist, der 1. Mai ist den Gehilfen freizugeben oder Affordarbeit ist verboten. Redner mahnt die Berufsgenossen eindringlich, Arbeitgeberverbände zu gründen, wo solche noch nicht vorhanden, um den Machtgelüsten der Gewerkschaften entgegenzutreten. Süddeutschland war vor einigen Jahren der Schauplatz des Kampfes, der Arbeitgeberverband hat gesiegt und die Mannheimer Tage waren Tage seines Ruhmes. In Mannheim, wo damals die freien Gewerkschaften in ihrem Uebermut es absehten, zusammen mit den „Christlichen“ und den kirchlich-dünkelnden zu verhandeln, ist dieser Uebermut gebrochen worden. Tarifverträge für das ganze deutsche Reich, wie wir sie haben wollen, sind der Hauptteil unserer Bestrebungen, eine gewisse Leistung für einen bestimmten Lohn unsere Hauptforderung. Diese Forderung müssen die Meister schon deshalb stellen, um für die Raskulation bei Submissionen eine feste Grundlage zu haben. (Beifall.) (Schluß folgt.)

Aus der Partei.

Die Parteiverhandlungen in Nürnberg verfolge die gesamte deutsche Arbeiterwelt — und nicht nur diese — mit großem Interesse. Unsere Leser werden es daher verstehen, wenn wir sie ihnen in ziemlicher Ausführlichkeit bieten. Wir beschränken den Umfang der übrigen Rubriken unseres Blattes auf das notwendige und geben ihnen rasch und umgehend ein informierendes Bild von der Nürnberger Tagung. Das Einverständnis der Leser setzen wir voraus.

Hamburg. Das Oberlandesgericht Kiel hat das Urteil des Altonaer Landgerichts gegen die Redakteure des „Hamburger Echo“ Waberski, der zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt war und Petersen, der zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt war, und den Berichterstatter Rosbiki, der ebenfalls zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt war, wegen Verleumdung eines Reichstagesabgeordneten, Karsten Brandt, Mitglied des Reichstages, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, in allen seinen Teilen aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Urteil hatte in den interessierten Kreisen in Hamburg damals großes Aufsehen erregt.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Nürnberg, 13. Sept.

Um 8 Uhr abends wurde der diesjährige Parteitag in der großen Festhalle eröffnet. Mehr als 20 000 Arbeiter hatten sich eingefunden. Nach den Musik- und Gesangsvorträgen begrüßte

Dorn-Nürnberg

die Delegierten und zog eine kleine Parallele zwischen den Anfängen der Arbeiterbewegung vor 40 Jahren und dem Stand der Bewegung in der Gegenwart. Alsdann nahm das Wort

im Namen des Parteivorstandes Singer-Berlin.

Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß trotz der vorliegenden Meinungsdivergenzen die Partei gekräftigt aus den Nürnberger Verhandlungen hervorgehen werde. Schon jetzt müsse aber bemerkt werden, daß die Beschlüsse des Parteitages für jeden Genossen bindend seien und er dieselben als heiliges Evangelium zu beachten habe. Singer schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie. Alsdann wurden Singer-Berlin und Dorn-Nürnberg zu Vorsitzenden gewählt.

Der Abgeordnete Löwenstein

hielt eine längere Ansprache. Er gab einen Ueberblick über die Kämpfe, welche die Nürnberger Arbeiterschaft seit 40 Jahren auszufechten hatte. Diesen Kämpfen wären aber auch Siege über Siege gefolgt, sodaß Nürnberg jetzt die feste Hochburg der nordbayerischen Sozialdemokratie sei. Alsdann konstituierte sich der Parteitag. (Webel war bei Eröffnung der Versammlung nicht anwesend.)

Gewerkschaftliches.

Donauwörth, 13. Sept. Gestern Abend fand im „Schwanen“ eine allgemeine Bauarbeiterversammlung statt, die gut besucht war. Die Genossen Uhl und Stehle aus Singen referierten über die gegenwärtige Lage der Bauarbeiter. Die Referate wurden mit Beifall aufgenommen. Beschlissen wurde, für die Maurer und Bauhilfsarbeiter hier eine Zahlstelle zu errichten (für die Zimmerer besteht schon eine hier), und ist jetzt jeden Sonntag Morgen 10 Uhr im „Schwanen“ Gelegenheit geboten, Beiträge zu entrichten und der Organisation beizutreten. Wenn bessere Witterung eintritt, dürfte noch etliche Wochen Arbeitsgelegenheit vorhanden sein.

Badische Chronik.

Esslingen.

— Für die Familien der verunglückten Maurer gingen weiter ein:

Ungenannt 1 M., Frey 1,50 M., Summa 202,24 M. Weitere Spenden nimmt entgegen die Sammelstelle G. Leppert, Friedrichstraße 2.

Freiburg.

— Politische Versammlungen. Herr Reichstagsabgeordneter Hauser wird am nächsten Donnerstag, 17. September, abends halb 9 Uhr, im „Löwenellersaale“ in einer öffentlichen Versammlung über die verfloßene Reichstagsperiode und über die Aufgaben der Reichstagsperiode (Finanzreform) sprechen. Desgleichen spricht am genannten Tage im katholischen Vereinssaal der Landtagsabgeordnete Dr. Schofer über die Inferioritätsfrage.

— Neue Straßen im südlichen Villenviertel. Trotz der sonstigen Stodung im Baugewerbe hat die Bautätigkeit in unserem herrlichen, sich gegen Winterstäl erstreckenden Süderlental in letzter Zeit solche Fortschritte gemacht, daß der Bau neuer Straßen erforderlich wurde. Die neue Beethovenstraße, die ebenso wie die Gölke- und Holbeinstraße als breiter Hauptstraßenzug geplant ist, verspricht durch ihre herrliche Lage eine unserer schönsten Straßen zu werden.

— Milchpantser. Wegen Milchfälschungen wurden vom Schöffengericht Kenzingen bestraft: Landwirt Georg Fischer Chefzau zu 1 Woche Gefängnis. (Diese Strafe wurde vom Ministerium in eine Geldstrafe von 50 M. umgewandelt.) Ferner Milchhändler Lampert Mähringer zu 50 M. oder 14 Tagen Gefängnis.

— Vom Schuljahr wird mitgeteilt, daß von ihm im Monat Juli dieses Jahres 272 Kinder behandelt worden sind. Die Zahl der Konsultationen, Extraktionen, Füllungen und Einlagen beträgt 339.

Kehl, 13. Sept. Selbstmord. Der Landwirt und Postbote Jakob Erhardt von Regelschurst hat sich im Walde aus unbekanntem Grunde erhängt.

Bräunlingen, 13. Sept. Spiele nicht mit Schießgewehr. Der 11jährige Sohn des Zimmermanns Neumann spielte mit einem geladenen Revolver. Die Waffe entlud sich, das Geschöß drang dem Knaben in den Unterleib und verletzte ihn lebensgefährlich.

Mannheim, 13. Sept. Ein ganzes Detektiv-Bureau in Nummer 51. Das gesamte Personal des Privatdetektiv-Instituts „Argus“ hier, welches in der Wuchener Kindesentführungsaffäre eine so hervorragende Rolle spielte, befindet sich jetzt in Untersuchungshaft, nachdem nunmehr auch Detektiv Ziegler verhaftet worden ist.

Mannheim, 13. Sept. Durch einen Fehler im Testament war ein der Stadt von dem verstorbenen Privatmann Wilhelm Blumhard zugedachtes Legat von 100 000 M. streitig geworden. Nunmehr hat der Stadtrat den von den Erben Blumhards angebotenen Vergleich auf Abtretung eines Legats in Höhe von 50 000 M. angenommen.

Genossenschaftsbewegung.

Donauwörth, 13. Sept. Die Baugenossenschaft Donauwörth-Allmendshofen hält am nächsten Mittwoch Abend in der „Sonne“ eine außerordentliche Hauptversammlung ab, in welcher über den Ankauf von Baugelände definitiv beschlossen wird. Auch soll der Bebauungsplan für 1908/09 festgelegt werden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 14. Sept.

Für die Arbeiterinnen aller Branchen

findet heute Montag, abends 1/9 Uhr, eine große Versammlung statt. Wir bitten die Parteigenossen dringend, ihre Frauen und Töchter in diese Versammlung zu schicken. Auch in Karlsruhe kann die Frage der Organisation der weiblichen Arbeitskräfte nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Um so angebrachter ist es, daß mit der heutigen Versammlung ein Anfang nach dieser Richtung hin gemacht wird. Referentin ist Genossin Frau Martha Tieg-Berlin. Sie sprach gestern bereits in Kuppurr über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die steigende Not der arbeitenden Klasse. Die Rednerin fand für ihren zweistündigen Vortrag allseitigen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Willi und Richard Neffels. Genosse Hüber schloß mit einem kurzen Nachwort die Versammlung. Der Gesangsverein „Freundschaft“ sang zur Eröffnung und beim Schluß der Versammlung ein Lied.

Die heutige Versammlung findet im „Auerhahn“ statt.

Die Berichterstattung der „Badischen Presse“

über den diesjährigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist, wie immer, vorzüglich. Nach dem Vorbericht, der stets am Samstag Abend erscheint, sind bereits alle jene Führer der Sozialdemokratie am Kongreßort eingetroffen, welche der Berichterstatter der „Bad. Presse“ dort zu sehen wünscht. Treffen diese Parteigenossen auch erst einige Zeit später ein oder erscheinen sie überhaupt nicht auf dem Parteitag, so tut das der „schönen“ Berichterstattung keinen Abbruch. Dieses Spiel beobachten wir auch in diesem Jahre. U. a. wird im Bericht der „Bad. Presse“ am Samstag

Zu den Vertretern Nürnbergs im Reichstage gehörte übrigens auch eine der markantesten Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu Bismarcks Zeiten, Karl Grillenberger, während heute der freiherrliche Nürnberger Rechtsanwält Heller von Hallerstein das Amt des sozialdemokratischen Reich- und Landtagsabgeordneten für die Stadt Hans Sachsens ausübt. Auch in der Stadtverwaltung hat die Sozialdemokratie ebenso wie im benachbarten Püsch einen großen Teil der Mandate erobert und zwar unter heftigen Kämpfen mit dem in Nürnberg sehr rührigen demokratischen Freisinn.

Seit Vertels Tod — und zwar seit 1900 — vertritt Genosse Dr. Südekum die freie Reichsstadt im Reichstage; Frhr. v. Haller ist nicht Rechtsanwalt, sondern Gutsbesitzer, vertritt Nürnberg wohl im Landtage, aber nicht im Reichstage. Die „vielen sozialdemokratischen Mandate“ im Nürnberger Rathaus existieren auch nur in der Phantasie des Berichterstatters der „Bad. Presse“; der rührige Freisinn von Nürnberg war bisher so skandalös herrschsüchtig, daß unsere Genossen einen Verzweiflungskampf um den Einzug ins Nürnberger Rathaus führen.

Das sind so ein paar Proben, wie die „Bad. Presse“ ihre Leser über den sozialdemokratischen Parteitag informiert. Sie zeigen, daß ihr Berichterstatter von dem inneren Leben der Sozialdemokratie keine blasse Ahnung hat.

Die leiblichen und feilschen Leiden unserer Kinder in der Schule.

Darüber spricht am Dienstag Abend im Saale der „Eintracht“ Herr Arthur Schüb. Die Versammlung ist vom deutschen Monistenbund, Ortsgruppe Karlsruhe, einberufen. Der Eintrittspreis ist auf 50 Pf. festgesetzt, leider ein so hoher Betrag, daß es vielen Arbeitern, die sonst mit den Zielen des Monistenbundes einverstanden sind, unmöglich ist, diese Veranstaltung zu besuchen.

Der Deutsche Juristentag

hat gestern seine Tagung mit einem Ausflug nach Baden-Baden abgeschlossen. Dortselbst wurden in Gruppen von 20 bis 30 Personen die Einrichtungen des Friedrichs-, Augusta- und Landesbades, sowie des Inhalatoriums besichtigt. Abends fand großes prächtiges Feuerwerk im Kurgarten statt. Die Hin- und Rückfahrt erfolgte in einem Sonderzuge.

Aus der letzten Stadtratssitzung.

Im Sommerfahrplan der städtischen Straßenbahn wurden einige Verbesserungen eingeführt, deren Weibehaltung auch für den kommenden Winter beschlossen wird. Es sind dies: Einlegung eines Spätwagens auf der Linie Hauptbahnhof-Kühler Krug, ab Hauptbahnhof 11 Uhr 12 Minuten abends, an Sonn- und Feiertagen, Zusammenlegung der Linien Hauptbahnhof-Schlachthof und Hauptbahnhof-Friedhof von 2-6 Uhr nachmittags an Sonn- und Feiertagen, Einfügung von Anhängewagen auf der Linie Hauptbahnhof-Kühler Krug in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags an Werktagen bei schlechter Witterung.

Gegen zwei Gehilfen eines hiesigen Viehhändlers wird bei dem Bezirksamt Antrag auf Bestrafung wegen Übertretung der Viehfriedensordnung gestellt, da sie sich weigerten, der Forderung des aufsichtsführenden Hallemeisters im städtischen Schlacht- und Viehhof, die eingeführten Tiere zur Beschau zu stellen, nachzukommen.

10 Gefuche um Aufnahme in den badischen Staatsverband werden dem Bezirksamt unbeanstandet vorgelegt.

Unbeanstandet werden dem Bezirksamt vorgelegt das Gesuch des Wirts Friedrich Nuth um Erlaubnis zur Verlegung seiner Wirtschaftskonzession mit Branntweinschank vom Hause Durlacher Allee 69 „Hotel Terminus“, nach dem Hause Durlacher Allee 20 zum „Franziskaner“, des Wirts Ludwig Mann um Verlegung seiner Schankwirtschaftskonzession mit Branntweinschank vom Hause Sofienstraße 65 „Karlsruher Hof“, nach dem Hause Luisenstraße 69 „Landauer Hof“, des Bierbrauers Stefan Blattmann um Erlaubnis zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntweinschank zur „Appenmühle“ Kornweg 13. Im großen Rathausaal soll zur besseren Unterbringung von Fahrrädern ein Gestell für 10 Räder errichtet werden.

* Wetterbericht. Die allgemeine Wetterlage hat sich seit dem Vorlage nur wenig verändert. Noch immer ist der Luftdruck über unserem Erdteile relativ niedrig. Voraussichtliche Witterung: Zunächst noch unbefriedigend, wechselnde Bewölkung, stellenweise Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

* Arbeiterbildungs-Klub. Am Dienstag, 15. September, abends halb 9 Uhr „pünktlich“, findet die statutengemäße allgemeine Mitgliederversammlung im Lesesaal Blücherstraße 20 statt. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht über die Klubtätigkeit während des Sommerhalbjahres 1908, 2. Bericht über den Stand der Klubkasse, 3. Verschiedenes, 4. Vorstandsergänzungswahl.

* Fußballsport. Der gute Besuch bewies das rege Interesse, das den beiden gestrigen Spielen auf dem Rhönitzsportplatz entgegengebracht wurde. Besonders fesselnd war das Spiel Stuttgarter Kickers-Rhönitz I. Zwei in Technik gleiche, körperlich aber recht verschiedene Mannschaften. Die Kickers groß und stark, Rhönitz leicht und schnell. Vor der Pause war Rhönitz ziemlich überlegen, während Kickers nach der Pause besser zusammen arbeiteten, eine Viertelstunde vor Schluß beherrschte Rhönitz wieder das Feld. Das entschlossene Spiel der Rhönitzfüßler brachte der Mannschaft einen Sieg von 6:3 Toren. — Die Jagenauer Mannschaft zeigte sich im Spiel gegen Rhönitz 1b in der ersten Halbzeit beinahe gewachsen, fiel in der zweiten Spielhälfte aber ab. Während bei Rhönitz die Verteidigung nicht ganz auf der Höhe war, wies die Stürmerreihe ein tadelloses Zusammenpiel auf. Rhönitz siegte mit der überraschend hohen Torauszahl von 10:4.

* Den Besuchern des Weltkinematographen, Kaiserstr. 133 (zwischen Kreuzstraße und Marktplatz) wird zurzeit mit dem Programm vom 10.—16. September inkl. eine beachtenswerte Neuerung auf kinematographischem Gebiete vorgeführt. Von der Ansicht ausgehend, daß es durchaus nicht nötig ist, sensationelle Mordgeschichten oder undegente (sogen. pikante) Sujets zu bringen, um ein interessantes und einen realen Genuß bietendes Programm zu erzielen, werden zurzeit mit Erfolg klassische Schauspiele und Romane zur Arrangierung dramatischer Kinematographen-Films verwendet. So z. B. der Film „Manon Lescaut“, der zurzeit in obigem Institut gezeigt wird, ein wunderschöner dramatischer Film hervorragender Handlung und Bild nach dem berühmten, bis in die neueste Zeit wieder aufgelegtem Romane von „Fénelon“ d'Erills historice de Chevalier Des Grieux et de Manon Lescaut“ arrangiert.

* Kirchentäuber. Vom 8.—11. ds. Mts. ist in der Kirche in Kuppurr eine Opferbüchse erbrochen und beraubt worden. Eine zweite Opferbüchse wurde sammt dem Inhalt gestohlen und mögen dem Täter etwa 20 Mark in die Hände gefallen sein. In der gleichen Zeit wurde auch in der Kapelle auf dem alten israelitischen Friedhof eingebrochen, es hat aber der Täter keinerlei Wertgegenstände gefunden. In der Nacht zum 9. ds. wurde in der Kirche in Weiertheim der Opferfund erbrochen und seines Inhalts im Betrag von etwa 20 M. beraubt.

Statistisches über die gesundheitlichen Gefahren des Schleiferberufes.

II.

Die folgenden Abschnitte behandeln das Ergebnis der Erhebungen. Diese erstrecken sich auf 130 Orte mit 180 Haupt- und 642 Teilbetrieben. Insgesamt sind 822 Betriebe, in denen Schleifer beschäftigt werden, erfasst worden. In diesen 822 Betrieben arbeiten 10 045 männliche und 372 weibliche, zusammen 10 417 Personen. Von den 10 045 männlichen Personen waren 8942 = 6,7 Proz. unter 18 Jahre und 434 = 4,3 Proz. unter 16 Jahre alt. Das Alter der 372 weiblichen Personen war bei 305 = 82 Proz. auf über 18 Jahre, bei 34 = 9,1 Proz. auf unter 18 Jahre und bei 33 = 8,9 Proz. auf unter 16 Jahre angegeben. Davon entfallen auf den bereits erwähnten 9. Bezirk 101 Betriebe mit 1517 Arbeitern über 18 Jahre, 80 Arbeiter unter 18 Jahre, unter 16 Jahre 71 Arbeiter, Arbeiterinnen werden in diesen Schleifereien 20, zusammen 1688 Personen, beschäftigt.

In Baden sind es hauptsächlich die Städte Pforzheim, Durlach, Karlsruhe, Bretten, Mannheim, die hierbei im Betracht kommen.

Es wird weiter dabei hervorgehoben, daß bei den Erhebungen leider vielfach bei den beteiligten Arbeitern das richtige Verständnis nicht vorhanden war, wie dies in ihrem eigenen, wie im Gesamtinteresse, zu wünschen gewesen wäre. Diese Mängel, die dadurch entstanden sind, werden andererseits wieder aufgehoben durch den Umstand, daß sich die an der Erhebung beteiligten Arbeiter um so gewissenhafter und pünktlicher gezeigt haben.

Interessant ist auch ein Ergebnis der Untersuchung über die Beschaffenheit der Scheiben, Steine usw., wobei gleichzeitig das Verhältnis zwischen den Trocken- und Nassschleifern ins Auge fällt. Wir geben folgende Zahlen über das Gesamtergebnis und des 9. Bezirks wieder:

Table with 7 columns: Schleiferart, Steine, Scheiben, Schmirgel, Bürsten, Kleben, Harten. Rows for Baden and 9. Bezirk.

Von ungeheurem, fast ausschlaggebendem Einfluß auf den Gesundheitszustand der Arbeiter ist vor allem die Arbeitszeit. Es ist deshalb selbstverständlich, daß in den gemachten Erhebungen darauf der größte Wert gelegt wird.

(Fortsetzung auf Seite 7.)

Unterhaltungsblatt... Statistisches über die gesundheitlichen Gefahren des Schleiferberufes.

Friedrichshof
 Ungarische Magnaten-Kapelle
 Csoska Bercezi

4180 vom 13. Sept. ab täglich Concert.

Buchhandlung Volksfreund, Karlsruhe
 und
Partei-Buchhandlung Freiburg i. Br.

In freien Stunden, geb. Leinen 3,50, in Heften 10 Pf. Einbanddecken à 50 Pf.
 Bilder die Pfaffenherrschafft von Rosenow in 2 Bb., Leinen à 7,-, Halbfz. 8,-, 50 Hefte à 20 Pf.
 Die Hohenzollern-Legende von Maurenbrecher in 2 Bb., Leinen à 7,-, Halbfz. 8,-, 50 Hefte à 20 Pf., Einbanddecken, Leinen 1,-, Halbfz. 2,-.
 Blut und Eisen von Hugo Schulz, Gesamtpreis 10,-, in Heften à 20 Pf.
 Neue Zeit, Wochenschrift, à 25 Pf. (wissenschaftlich aktuell).
 Neue Zeit, Wochenschrift, à 25 Pf. (wissenschaftlich aktuell). Einbanddecken 70 Pf.
 Sozialistische Monatshefte à 50 Pf. (wissenschaftlich aktuell).
 Sozialistische Monatshefte à 50 Pf. (wissenschaftlich aktuell). Einbanddecken 1,50 Mk.
 Der Wahre Jacob, Süddeutscher Postillon, 14tägig, à 10 Pf.
 Der Simplificimus, wöchentlich à 30 Pf., humoristisch-satirisch.
 Die Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, 14tägig, 10 Pf.
 Der Sumpf, Roman aus Chicagos Schlachthäusern von Upton Sinclair, brosch. 1,80, geb. 2,80. 30 Pf. Porto nach auswärt.
 Sozialdemokratisches Liederbuch von M. Regel, Preis 40 Pf.
 Babilischer Blich-Fahrplan 25 Pf.
 Der neue Weltkalender 1909. Preis 40 Pf.
 Arbeiter-Nutzkalender 1908/1909. Preis 60 Pf.
 Sämtliche Parteitageprotokolle vom deutschen Parteitag.
 Sämtliche Protokolle der Internationalen Kongresse.
 Sämtliche Protokolle der Deutschen Gewerkschaftskongresse.
 Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstag. Preis 60 Pf. 1871-74 von A. Bebel.
 Die Reichstagswahlen und die Arbeiterschaft v. Pardus. 30 Pf.
 Protokoll des babilischen Parteitages zu Offenburg 1908. Preis 20 Pf.
 Der Deutsche Reichstag v. Hilger. Biographisch-statistisches Handbuch, 1907-1912, mit Bildnissen sämtlicher 397 Abgeordneten. Preis 60 Pf.
 Hand-Atlas der Reichstagswahlen v. Preis 30 Pf.
 Die Verurteilten, Sozialistischer Roman aus der Zeit des Sozialistengesetzes von W. Bloss. Heft 20 Pf., geb. 2,-.
 Vaterlandslose Gefellen, kurze Biographien der verstorbenen hervorragenden Sozialisten des 19. Jahrhunderts. Preis 50 Pf.
 Bilder von Auer und Bebel à 25 Pf.
 Fraktionsbilder der Reichstagsabgeordneten 40 Pf.
 Ansichtspostkarten mit Porträts von Ad. Gled à 10 Pf., 100 Stück 6,-, in geschmackvoller Ausführung.
 Bilder von Bebel, Liebknecht, Lassalle und Meister à 20 Pf., Fraktionsbilder als Postkarte à 10 Pf.

NB. Eine größere Partie freie Stunden, Neue Zeit und Soz. Monatshefte zur Ergänzung alter Jahrgänge sind noch vorrätig. Bestellungen wolle man adressieren:

Für Karlsruhe:
Buchhandlung Volksfreund, Friedr. Nitschky,
 Karlsruhe, Luisenstraße 24.

für Freiburg:
Partei-Buchhandlung J. Grünfeld,
 Freiburg i. Br., Alaraststraße 22.

Bitte ausschneiden und aufbewahren.

Garantiert naturreinen spanischen
Rotwein
 per Liter von 48 Pfg. an
Weisswein
 per Liter von 60 Pfg. an
 empfiehlt 4184
C. L. Sickinger
 Telefon 1406. Marienstr. 35.



Thalia-Theater
 Waldstr. 26
 Spielzeit:
 Werktags v. 4-11
 Sonn- u. Feiertags v. -11 Uhr.

Programm vom 12. Sept. bis 18. Sept.

1. Tonbild: Die Großstadttruppe a. d. Gelbe Gefahr-Ges. u. dargestellt von Helene Wallot u. E. Sondermann.
 2. Eine Reise durch Nordland. Eine hochinteressante Naturaufnahme von selten schön. Wirkung.
 3. Das Bild des Vaters. Höchst dram. Handl.
 4. Tonbild: Papageno-Duett a. d. Oper Zauberflöte von Mozart.
 5. In Feindschaft mit m. fejn. Portier. Hum. Kleingewerbe in Tunesien. Sehr interess. und lehrreiche Naturaufnahme.
 - 6.
 7. Tonbild: Der Bergmann.
 8. Der rauchende Schornstein. Humorist.
 9. Das Pony als Lebensretter. Dramat., sehr spannend.
 10. Böfer Duden Verlockung. Humorist.
- Die Direktion.

Deutscher Monisten-Bund
 Ortsgruppe Karlsruhe.
 Dienstag den 15. September 1908, abends 8 Uhr,
Vortrag

des Redakteurs Arthur Schulz, Birkenwerder-Berlin über
Die leidlichen u. seelischen Leiden unserer Kinder in der Schale.
 Eintritt 50 Pfg. Mitglieder frei.
 Kartenverkauf und Entgegennahme von Beitrittserklärungen (Jahresbeitrag 3 Mk.) in J. Eints Buchhandlung, Braunsche Hofbuchhandlung, Dufens Kunsthandlung und an der Abendkasse. 4175



MALER-FACHAUSSTELLUNG
 KARLSRUHE 1908.
 IN DER STÄDT. AUSSTELLUNGSHALLE
 GEÖFFNET V. 12. BIS 22. SEPTEMBER EINSCHL.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden bei dem Hinscheiden unseres lieben Sohnes und Bruders

Berthold Zöller

sagen wir allen herzlichen Dank. Besonderen Dank dem Herrn Kaplan für seine trostreichen, wohlthuenden Worte am Grabe, Herrn Direktor Kramer und seinen Schülern, sowie Herrn Leopold vom Beierheimer Fussballverein, dem Gesangsverein „Freundschaft“ für den erhebenden Gesang und für alle Kranzniederlegungen am Grabe. 4183

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Zöller Wwe.
 z. Krone, Bulach.

Globin
 ist das
 beste und feinste
Schuhputzmittel



Grand Prix
 Ausstellung St. Louis

Bettstelle mit Moß u. Matrasse, fast neu, billig zu verkaufen Luisenstr. 20, 2. Et.

Zur Leitung eines
Tanzkurses

in einem hiesigen Verein wird entsprechende Kraft gesucht. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche unter Nr. W. K. 4133 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Mädchen-Gesuch.

Per sofort oder später werden einige junge Mädchen für leichte Magazinarbeiten gesucht. Näh. Humboldtstraße 27. 4168

Arbeiter

suchen ihren Bedarf in Arbeitskleidern, Unterkleidern u. am vorteilhaftesten bei 3212 H. Feininger, Freiburg, Hinterlinden 5, Grabs Weinstraße gegenüber. Mitglied des Rabattparvereins.

Nächste Woche!
 Ziehung schon 26. Sept.
Grosse Badener Geld-Lotterie

zu Gunsten d. Hamilton-Palais, Ziehung 26. Sept. 3288 Bargewinne ohne Abzug
45,800 Mk.
 1. Hauptgewinn
20,000 Mk.
 327 Gewinne
15,000 Mk.
 2960 Gewinne
10,800 Mk.
 Los à 1 Mk.
 11 Lose 10 Mk.
 Porto und Liste 80 Pfg.
 versendet das General-Debit 2511
J. Stürmer
 STRASSBURG I. E.,
 Langestr. 107.
 In Karlsruhe: Carl Götz,
 Hebelstr. 11/15, Lotterieb.-bank, Kaiserstr. 56, H. Meyle, A. Stauffert, E. Fildige, L. Michel, Chr. Frank.

250 m bessere Herrenkleiderstoff-Reste
 werden enorm billig abgegeben. 4105
 Kaiserstr. 93, 1 Tr. hoch.

Alona
 Fahrräder
 u. Zubehörsartikel enorm billig.
 Kataloge gratis. Vertreter gesucht.
Fahrradhaus Wieghe
 Freiburg i. B. C. 3299

Freiburg. 4954
Spottbillig wegen Kämmung des Jagers
 Trikothemden, farbige Arbeiterhemden, Schürzen, Kragen, Kravatten, Socken usw.
 Bestenbesitzer E. Sattler
 Rehenstr. 10.

Kinderbettstelle ganz neu, eleg., für nur 12 Mk. zu verkaufen 4182
 Douglasstr. 30.

„Ich pass auf“

daß die Milch nicht überkocht. Preis dieses Milchlochers 75 Pfg. Heberall zu haben; sonst direkt gegen Nachnahme von Mk. 1.10 bei Alfred Hofmann, Hannover, Kellerstr. 101. 2812

Knorr-Sos
 würzt famos

Suppen, Saucen, Braten, Gemüse u. weit billiger als alle anderen Fabrikate. Hergestellt durch die Fabriken von
Knorr's Safermehl und Knorr's Sahn-Maccaroni.

Ia. Fussbodenlack
 schnell trocknend

2 Pfd.-Dose **95 Pfg.**

Lackpinsel

per Stück **40** und **60 Pfg.**

Ia. Boden-Wichse
 gelb oder weiß

1/2 Pfd.-Dose **40 Pfg.**
 1/1 Pfd.-Dose **70 Pfg.**

Fussbodenöl „Start“

geruchlos, harzt nicht, staubt nicht, Original-1/1 Literkanne **60 Pfg.**
 (Kanne 10 Pfg. zurück.)

Stahlspäne

fein, mittel od. grob
 1/1 Pfd.-Pat. **32 Pfg.**
 1/2 Pfd.-Pat. **16 Pfg.**

Putztücher

gute
 von **16 Pfg.** an

Schmirgel-leinen

fein, mittel od. grob
 Blatt **4 Pfg.**

Panamarinde

Paket **8 Pfg.**
 empfehlen

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H.
 Verkaufsstellen:
 34a Berberstr. 34a (am Berberplatz)
 14b Amalienstraße 14b, Ecke Karlstraße
 3 Karl Friedrichstraße 3 (am Marktplatz)
 35 Göttestraße 35, Ecke Körnerstraße
 22 Georg-Friedrichstr. 22 (Ecke Ludwig Wilhelmstr., Oststadt)
 44 Waldhornstraße 44 (Altstadt)
 Mühlberg, Rheinstr. 22
Durlach.
Rastatt.
Bruchsal.
 und weitere Umgebung.

Musik...
 75 Pfg...
 abgeh...
 M. 2...
 5. K...
 der Be...
 von d...
 Schwe...
 berein...
 sind...
 De...
 nuffin...
 Manba...
 dem fin...
 ausgef...
 Sie h...
 ausdrü...
 der Fra...
 angere...
 Gie...
 seht...
 nach Bef...
 deutlich...
 die Zeit...
 Parteit...
 fagen...
 hätten...
 so haben...
 fchen...
 bewege...
 (Teilwe...
 zum neu...
 vielfach...
 gefest...
 suchen...
 Gen...
 weise...
 die Geg...
 richtig...
 übrigen...
 über erg...
 fische...
 Nel...
 ner zu e...
 uns aber...
 als Sozi...
 tum bes...
 Interesse...
 dann sch...
 doch die...
 bergang...
 fische...
 fische...
 dauernd...
 genossen...
 klärung...
 welche...
 schließen...
 teile der...
 mich aber...
 wegung...
 tigen...
 Gen...
 Frauen...
 behaupt...
 haben die...
 in unse...
 ganz and...
 Genot...
 nisse...
 wurden...
 beits...
 saupt...
 bei uns...
 fation...
 an...
 Genot...
 die gleich...
 politisch...
 fere...
 Fabrik...
 (Sehr...
 lichen...
 gegangen...
 sozialdemo...
 men sich...
 lösen...
 Frauen...
 Genot...
 Frauen...
 Die...
 gemacht.